

LITAUEN

Gewerkschaftsmonitor

Februar 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

In Litauen wurden die Wahlen 2020 von den Parteien der rechten Mitte gewonnen, wobei der Vaterlandsbund sowohl die Mehrheit der Stimmen als auch die meisten Sitze in den Wahlkreisen (50 von 141 Sitzen) erhielt und seit kurzem eine Koalition mit zwei liberalen Parteien – der Liberalen Bewegung der Republik Litauen (12 Sitze) und der Freiheitspartei (Laisvės partija) (11 Sitze) – bildet. Im Jahr 2022 wurde die Regierungskoalition unstabiler. Der Bruch zwischen der liberalen Freiheitspartei und dem konservativen Vaterlandsbund begann sich zu vertiefen. Grund dafür war, dass es der Regierungskoalition nicht gelang, die Unterstützung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften und die Entkriminalisierung von leichten Drogen im Parlament (Seimas) zu gewinnen. Bei den parlamentarischen Debatten über den Haushalt für das Haushaltsjahr 2023 unterstützten die Freiheitspartei und mehrere einzelne Mitglieder des Vaterlandsbundes die Initiativen der Opposition zur Beibehaltung der Mehrwertsteuerbefreiung für das Gaststättengewerbe, was beinahe zum Bruch der Regierungskoalition geführt hätte. Durch diese Schwäche entstehen erhebliche Probleme bei der Durchsetzung der Regierungspolitik, z. B. bei der Steuerreform, die das Umziehen der Lohnsteuern zu einer stärkeren Besteuerung des Kapitals vorsieht. Als weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung steht der Versuch der Regierung, die öffentliche Verwaltung zu reformieren, indem den Führungskräften der öffentlichen Einrichtungen mehr Befugnisse übertragen werden und der traditionelle »preußische« Stil der öffentlichen Verwaltung abgebaut wird, was die Gewerkschaften ablehnen.

Ende 2022 und Anfang 2023 standen die Kommunalwahlen im Mittelpunkt, die am 5. März 2023 stattfinden werden. Die Kommunalpolitik wird von der Sozialdemokratischen Partei Litauens (LSDP) dominiert (15 von 60 Bürgermeistern), wobei die größeren Städte von parteilosen politischen Komitees beherrscht werden (mit der alleinigen Ausnahme der Hauptstadt Vilnius, die von einem politischen Komitee regiert wird,

das die Grundlage für den jüngeren Koalitionspartner der Regierung – die Freiheitspartei – bildete). Zurzeit sind die Meinungsumfragen geteilt: Die LSDP, der Vaterlandsbund und die Demokratische Partei (eine neue Partei, die vom ehemaligen Premierminister Saulius Skvernelis gegründet wurde) stehen in den Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute an der Spitze. Doch Ereignisse im Januar 2023 könnten dieses Machtgleichgewicht erheblich verändern. Die gewöhnliche politische Wahlkampfsaison wurde durch die Bekanntgabe der Staatsanwaltschaft unterbrochen, dass ein Mitglied des Seimas aus der Fraktion des Vaterlandsbundes, Kristijonas Bartoševičius, wegen Vergewaltigung und Belästigung einer Minderjährigen vor Gericht gestellt wurde. Die Anschuldigungen sorgten in der litauischen Gesellschaft für viel Aufsehen. Er legte daraufhin sein Parlamentsmandat nieder. Dies ist der größte politische Skandal in Litauen seit der Unabhängigkeit im Jahr 1990 und könnte dazu führen, dass die Unterstützung für den Vaterlandsbund bei den kommenden Wahlen deutlich zurückgeht und rechtspopulistische Parteien mehr Zulauf bekommen. Bisher ist es in Litauen rechtspopulistischen Parteien nicht gelungen, Wahlerfolge zu erzielen.

Die öffentliche Politik wurde im Jahr 2022 von der russischen Aggression gegen die Ukraine beherrscht, wobei sich der litauische Staat und die litauische Gesellschaft klar auf die Seite der Ukraine stellten. Der Krieg löste eine Fluchtwelle aus der Ukraine aus und 70 000–90 000 ukrainische Geflüchtete wurden nach Litauen umgesiedelt. Zugleich dauert eine weitere Fluchtwelle an, die 2021 begann und hauptsächlich Geflüchtete aus dem Irak, Syrien und Afghanistan betrifft. Litauen wurde von Amnesty International vorgeworfen, bei der Behandlung dieser Geflüchteten mit zweierlei Maß zu messen, im Gegensatz zu den Geflüchteten, die aus der Ukraine kommen. Zudem hat Litauen seine Verteidigungsausgaben erheblich erhöht und alle führenden politischen Parteien stimmten einer Erhöhung der Ausgaben auf 2,5 Prozent des BIP zu.

In Litauen herrschte eine Lebenshaltungskostenkrise. Parallel zum Krieg fand die Liberalisierung des Energiesektors statt, sodass die meisten litauischen Haushalte im Sommer 2022 ih-

ren Stromanbieter frei wählen konnten. Da in Litauen Strom in der Regel importiert wird, waren die litauischen Haushalte besonders von einem plötzlichen Anstieg der Energiepreise betroffen, die sich Anfang 2022 vervierfachten, wobei die Inflation größtenteils über 20 Prozent betrug. Inflation und hohe Energiepreise beeinflussten die Arbeitsunruhen unmittelbar.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

In Litauen besteht nach wie vor eine chronisch hohe Arbeitslosigkeit (9,2 Prozent im Februar 2023, laut Arbeitsamt), die über einen langen Zeitraum nicht zurückgeht und bald weiter steigen könnte. In vielerlei Hinsicht ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor in den Provinzen und außerhalb der Großstädte zu finden, wo bestimmte strukturelle und soziale Phänomene die Menschen daran hindern, eine Beschäftigung zu finden. Mangelhafte Kommunikation, fehlende regelmäßige öffentliche Verkehrsmittel und die vorherrschende informelle und saisonale Arbeit in der Landwirtschaft in wirtschaftlich weniger fortgeschrittenen Regionen führen zu einer Konzentration der Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten. Die höchste Arbeitslosenquote gibt es in der ländlichen Region Utena (10,8 Prozent 2022), während sie in der Region Klaipėda, wo Industrie, Seeverkehr und Tourismus die Wirtschaft dominieren, niedriger ist (7,4 Prozent 2022).

In den Jahren 2024–2025 wird Litauen eine umfangreiche Pensionierungswelle erleben, wobei sich dieser Trend besonders auf den öffentlichen Sektor auswirken wird, da im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesektor bereits ein Fachkräftemangel besteht.

Ende 2022 erhöhte die Regierung den Mindestlohn von 720 auf 840 EUR (ein Anstieg um 16 Prozent), bei einem Mindeststundenlohn von 5,14 EUR.

Im Dezember 2022 betrug die jährliche Inflation 20 Prozent. Im dritten Quartal 2022 betrug der durchschnittliche Monatslohn 1787,1 EUR, was einem Anstieg von 12,6 Prozent im Vergleich zum dritten Quartal 2021 entspricht. Der reale durchschnittliche Lohnindex ist aufgrund der Inflation zwischen dem ersten Quartal 2021 und dem dritten Quartal 2022 um 19 Punkte gesunken. Im Dezember 2022 betrug die durchschnittliche Altersrente 512 EUR.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Streiks und Arbeitsunzufriedenheit

Die angespannte wirtschaftliche Situation in Litauen mit einer hohen Inflation und einer Lebenshaltungskostenkrise setzte die Voraussetzungen für den ersten erfolgreichen Streik in der Geschichte Litauens im Jahr 2022.

Im Zeitraum 2015–2019 gab es 737 Streiks (296 im Jahr 2015, 242 im Jahr 2016, einen im Jahr 2017, 196 im Jahr 2018 und zwei im Jahr 2019). Außer einem betrafen alle diese Streiks den Bildungssektor. Der einzige Ausnahmefall waren die Beschäftigten im Bergbausektor in Holzverarbeiten-

den Betrieben, die 2017 einen Warnstreik durchführten. Die einzigen wirklichen Streiks fanden im Bildungssektor statt (6295 Beschäftigte streikten 2016 an insgesamt 35646 Arbeitstagen, 3684 streikten 2018 an insgesamt 31947 Arbeitstagen), wo die Lehrkräfte die Regierung zwangen, über Lohnerhöhungen und Änderungen des Vergütungssystems sowie zusätzliche Mittel für das Bildungswesen zu verhandeln.

Ende 2021 hat die Gewerkschaft Achema (Düngemittelhersteller in Jonava) den Prozess für eine formelle Forderung nach einer Tarifvereinbarung eingeleitet. Die Geschäftsführung von Achema lehnte dies ab, woraufhin die Gewerkschaft das Verfahren zur Durchführung eines Streiks einleitete. Die Arbeitnehmer*innen streikten schließlich am 7. Februar 2022, und zwar unter Beteiligung von bis zu 500 Gewerkschaftsmitgliedern. Die Streikenden erhielten Unterstützung und Solidarität von der gesamten Gewerkschaftsbewegung, dem Präsidenten, den Sozialdemokraten und einzelnen Mitgliedern der anderen Parteien im Seimas. Die Geschäftsführung von Achema lehnte die Aufnahme von Verhandlungen ab, woraufhin mehrere hundert Arbeitnehmer*innen streikten. Der Streik wurde jedoch durch den Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine (24. Februar 2022) unterbrochen, als die Regierung kurzfristig den Notstand ausrief, wodurch der Streik ausgesetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch einige Personen an der Arbeitsniederlegung beteiligt und dieser Streik wurde als gescheitert betrachtet. Der Streik wurde dadurch verkompliziert, dass das Unternehmen kurz davorstand, wegen der hohen Preise für Erdgas, dem wichtigsten Rohstoff für eine Düngemittelfabrik, den Stillstand zu erklären. Das Unternehmen hat wegen der durch den Krieg verursachten Unterbrechungen und der Preisinstabilität den regulären Betrieb noch immer nicht wieder aufgenommen. Einzigartig ist, dass dies der erste Streik des privaten Sektors in der modernen litauischen Geschichte ist, der von den Gerichten für rechtmäßig erklärt wurde.

Wurde der Streik bei Achema als Misserfolg betrachtet, erwies sich der Streik bei Vilnius Public Transport (Vilniaus Viešasis Transportas, VVT), einem städtischen Verkehrsunternehmen, im Dezember als Erfolg. Die Geschäftsführung dieses Unternehmens hatte die Unterzeichnung eines Tarifvertrags verweigert und damit die Bedingungen für den Streik geschaffen. Im Spätsommer 2021 begann die Gewerkschaft VVT mit der förmlichen Forderung nach einer Tarifvereinbarung und im Oktober 2021 begann das förmliche Gerichtsverfahren. Nach einem langwierigen Rechtsstreit über das Streikrecht mit der Stadtverwaltung von Vilnius (die von der liberalen Freiheitspartei geführt wird) versuchte die Gewerkschaft aktiv, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie Proteste gegen die Stadtverwaltung organisierte. Als das Gericht im Oktober 2022 die Klage der Stadtverwaltung Vilnius gegen den Streik abwies, streikten die Angestellten des VVT schließlich im Dezember 2022. Der Streik dauerte drei Wochen und war äußerst erfolgreich. Die Bürger von Vilnius zeigten allgemeine Sympathie und Unterstützung für die Streikenden und am 22. Dezember 2022 unterzeichnete die Stadtverwaltung eine Tarifvereinbarung, welche am 1. Janu-

ar 2023 in Kraft trat. Es sollte angemerkt werden, dass das Hauptthema des Streiks die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen mit der Tarifvereinbarung war, und die Stadtverwaltung versuchte, die Löhne ohne Tarifvereinbarung zu erhöhen. Die Streikenden bestanden weiterhin auf ihre Forderungen und gewannen.

Die Bedeutung des VVT-Streiks sollte nicht unterschätzt werden. Der Streik wurde zu einem der Hauptthemen sowohl bei den Kommunalwahlen als auch in der nationalen politischen Debatte. Ein erfolgreicher Streik und eine allgemeine Solidarität mit den streikenden Arbeitnehmer*innen treten in der litauischen Öffentlichkeit selten auf und werden in der Regel Beschäftigten mit einem gewissen Sozialprestige (Lehrer*innen, Ärzt*innen) zugestanden, deren Interessen in der Regel eher durch politische Proteste ausgedrückt werden. Die Dauer der Gerichtsverfahren war der Auslöser für einen von der LSDP initiierten Versuch, das Arbeitsgesetz umzugestalten, das im Dezember 2022 in erster Lesung vom Parlament angenommen wurde. Sollten diese Änderungen in Kraft treten, werden die zukünftigen Streiks legal sein, bevor der Arbeitgeber Einspruch erheben kann, da die derzeitigen Voraussetzungen für einen legalen Streik bereits eine gerichtliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Streiks erfordern und die Komplexität der aktuellen Streikvorschriften dazu führt, dass jegliche Anfechtung der Gerichtsentscheidung vom Arbeitgeber als Verzögerungstaktik genutzt wird.

Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen

2021 und 2022 kam in der Öffentlichkeit eine Diskussion über die Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen auf. Litauen war und ist noch immer ein wichtiges Zentrum für die Erbringung von Straßengüterverkehrsdiensten. 2021 veröffentlichte eine Gruppe von Journalist*innen des lokalen Internet-Fernsehsenders Laisvės TV eine investigative Reportage über die Ausbeutung von Wanderarbeitern im litauischen Straßengüterverkehr, die sogenannten »Lastwagensklaven«. Fast 80 Prozent der in litauischen Güterkraftverkehrsunternehmen Beschäftigten sind ausländische Arbeitnehmer*innen, vor allem aus der Ukraine, Weißrussland, Russland und Kasachstan. Die investigative Berichterstattung konzentriert sich auf Lohnbetrug, illegale Geldstrafen für Arbeitnehmer*innen und die Nichtabführung von Steuern durch Barzahlung der Löhne und Vermeidung der Lohnsteuer. Da der überwiegenden Mehrheit der Angestellten die litauische Sprache und das Rechtssystem nicht bekannt ist, sind sie häufig von Ausbeutung betroffen. Der Güterverkehrsverband Linava ist eine der einflussreichsten Lobbygruppen in Litauen, er musste jedoch wegen der öffentlichen Aufregung Änderungen bei der Lohnauszahlung zustimmen und nach diesem Skandal wurde ein Gesetz in Kraft gesetzt, wonach die Löhne auf das Bankkonto der/des Beschäftigten überwiesen werden müssen.

Die Situation im Güterverkehrssektor wurde durch den Krieg in der Ukraine dramatisch verändert, da ein Teil der ukrainischen LKW-Fahrer in die Ukraine zurückkehrte, um im Krieg zu kämpfen. Im Jahr 2022 erließ Litauen Beschränkungen gegen die Arbeitsmigration von russischen Staatsbürger*innen

nach Litauen und dem Sektor fehlten vorübergehend neue Arbeitskräfte. Die Interessengruppe der Industrie begann, auf eine Milderung der Regeln für die Arbeitsmigration zu drängen, insbesondere für den Güterverkehrssektor.

GEWERKSCHAFTEN IN LITAUEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im zwanzigsten Jahrhundert war die Diskontinuität des Status der Gewerkschaften eine Konstante. Nach der ersten Unabhängigkeit Litauens waren die Gewerkschaften als Nichtregierungsorganisationen anerkannt, Streiks und Tarifverhandlungen wurden in den meisten Fällen jedoch nicht anerkannt. Während der autoritären Periode (1926–1940) wurden die Gewerkschaften schrittweise zentralisiert und unter staatliche Kontrolle gestellt (1936). Nach der Besetzung Litauens (1940 und 1944) verwandelte die Sowjetunion die Gewerkschaften in staatlich kontrollierte Arme der Regierung, die die Loyalität zur kommunistischen Partei sicherstellten (sie kontrollierten und gewährten Zugang zu verschiedenen Privilegien, z. B. zu begehrten Gütern wie Autos und besseren Unterkünften, Urlaubspaketen usw.). Während des Zusammenbruchs der Sowjetunion im Jahr 1990 wurden viele der staatlich kontrollierten Gewerkschaften in »freie Gewerkschaften« umgewandelt. Da sie über beträchtliche Vermögenswerte aus der Sowjetzeit verfügten, kam es zu zahlreichen Kontroversen, da einige Gewerkschaften diese Besitztümer (Ferienhäuser, Hotels usw.) privatisierten, was von vielen als Bestechung wahrgenommen wurde.

In den 1990er Jahren brachen Teile der alten Industrie (vor allem des Fertigungssektors) aufgrund des Wettbewerbs zusammen, da sie mit westeuropäischen Produkten und den aufkommenden billigeren ostasiatischen Waren nicht konkurrieren konnten. Die postsowjetische Wirtschaftsblockade durch die Sowjetunion (1990–1991) und die russische Wirtschaftskrise und Zahlungsunfähigkeit (1997) sowie ständige Banken Krisen haben die Wirtschaft destabilisiert und die Fertigungsindustrie geschwächt. Der Großteil des alten Fertigungssektors verfügte über große Gewerkschaften, entsprechend hoch ist hier der Mitgliederückgang.

Der einzige Vorteil für die Arbeitnehmer_innen war der Beitritt Litauens zur Europäischen Union 2004, der die litauische Regierung zwang, bestimmte Arbeitsbedingungen und -standards auf das von der Europäischen Union geforderte Mindestmaß zu verbessern.

Im Jahr 2016 wurde ein neues Sozialmodell mit dem Schwerpunkt Flexicurity (dänisches Modell) eingeführt, das die Besteuerung reformiert, die Sozialversicherungsabgaben auf die Arbeitnehmer*innen überträgt und die Dauer und Höhe des Arbeitslosengeldes erhöht. Das neue Arbeitsgesetz war umstritten und unbeliebt, da es die Macht der Arbeitnehmer*innen und der Gewerkschaften beschränkte. Die Diskussionen über das neue Arbeitsgesetzbuch wurden von Protesten der Gewerkschaften und linker Aktivist*innen begleitet.

Parallel dazu gab es neue Trends in der Arbeitsorganisation. In den späten 2000er Jahren gab es eine Welle der sporadischen Organisation unter den bis dahin nicht gewerkschaftlich organisierten Supermarkt- und Dienstleistungsangestellten, die eine Liga der Supermarktangestellten ins Leben riefen. Mitte der 2010er Jahre entstanden aufgrund der sinkenden Löhne im öffentlichen Sektor neue Organisationsformen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst (einige von ihnen waren außerhalb der traditionellen Gewerkschaften organisiert – Ärzt_innenbewegung, Lehrer_innenbewegung).

Die Lehrer*innen sind die einzige organisierte Gruppe, die stetig streikt und durch Arbeitskampfmaßnahmen Ergebnisse erzielt. Der letzte Lehrerstreik fand Ende 2018 statt, als die Lehrer*innengewerkschaft Lietuvos Švietimo Darbuotojų Profesinė Swjunga (Gewerkschaft der Bildungsarbeiter*innen) einen Streik begann, der von der breiten Gesellschaft unterstützt wurde.

Es gibt ein neues Phänomen: Die stärker politisch ausgerichtete linke Gewerkschaft Gegužės Pirmosios Profesinė Sajunga (1.-Mai-Gewerkschaft), die sich am Modell der gewerkschaftlichen Organisation der Industrial Workers of the World (IWW, eine weltweite Gewerkschaftsorganisation, die die Selbstorganisation der beteiligten Arbeiter*innen propagiert) orientiert. Sie erfährt ständige Aufmerksamkeit, da sie Wanderarbeiter*innen (2019 wurde ein Fall von türkischen Bauarbeitern bekannt, die in Litauen gestrandet waren und keinen Lohn erhielten) und Arbeitnehmer*innen, die normalerweise nicht leicht zu organisieren sind, unter sich versammelt. Diese Gewerkschaft arbeitet derzeit an der Organisation von Lebensmittelkurier*innen, die als Plattformarbeiter*innen nicht als Arbeitnehmer*innen gelten. Im Jahr 2021 gründeten die Lebensmittelkurier*innen mithilfe der 1.-Mai-Gewerkschaft eine Vereinigung, die ihre Rechte verhandeln sollte. Die Gewerkschaften sind bei diesem Thema gespalten, da sie zögern, Änderungen am Arbeitsgesetzbuch zu unterstützen, die eine Zwischenform des Arbeitsvertrags schaffen würden, die den Bedürfnissen der Gig-Eco-

nomy-Beschäftigten gerecht wird, da sie Angst haben, dass dies zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Lohnarbeiter*innen genutzt werden könnte. Der Verband der Lebensmittelkurier*innen, der von linken Aktivist*innen gegründet wurde und dem viele Wanderarbeiter*innen und Studierende angehören, die aufgrund ihres Migrant*innenstatus oftmals nicht angestellt werden, war in den Jahren 2020–2021 besonders aktiv.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In den letzten Jahren hat Litauen eine Welle der zunehmenden gewerkschaftlichen Organisation erlebt. Ende 2020 lag die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bei 99 300, was einem Anstieg von 10,8 Prozent im Vergleich zu 2019 (89 600 Gewerkschaftsmitglieder) entspricht. Bis 2021 stieg diese Zahl laut des Statistikamtes um 22 Prozent auf 121 000 Gewerkschaftsmitglieder. Diese Erhöhung spiegelt die schwerwiegenden Auswirkungen der Inflation, die Unterbrechung der Lieferketten und die zunehmende Unsicherheit über die Arbeitsbedingungen während der COVID-19-Pandemie wider. Es gibt einen Aufwärtstrend bei den Gewerkschaftsmitgliedern seit 2018. Die COVID-19-Pandemie hat diesen Trend positiv beeinflusst.

Es gibt Gewerkschaften auf nationaler Ebene, Branchengewerkschaften und Betriebsgewerkschaften. Gegenwärtig sind diese namentlich die Litauische Gewerkschaftskonföderation LPSK, Solidarumas und Sandrauga. In Anbetracht dessen, dass nicht alle Gewerkschaften den nationalen Gewerkschaftsverbänden angeschlossen sind, dominiert die LPSK (50 000 Mitglieder) und ist unter den Gewerkschaften am lautesten und sichtbarsten. Die Gewerkschaft Solidarumas versucht, sich auf regionaler Ebene gewerkschaftlich und in stadtweiten oder bezirksweiten Organisationen zu organisieren.

Die Gewerkschaften auf nationaler Ebene vertreten die Gewerkschaften auf tripartistischer Ebene und üben Lobbyar-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Litauen

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Lietuvos profesinių sąjungų konfederacija, LPSK (Litauische Gewerkschaftskonföderation)	Vorsitz: Inga Ruginienė Stv. Vorsitz: Janina Matuizienė	50 000	IGB, EGB, BASTUN (Baltisches Gewerkschaftsnetzwerk)
Lietuvos profesinė sąjunga »Solidarumas«, LPS'S (Litauische Gewerkschaft SOLIDARUMAS)	Vorsitz: Kristina Krupavičienė Stv. Vorsitz: Jovita Pretsch, Rimtautas Ramanauskas	20 000	IGB, EGB, BASTUN
Profesinė sąjunga SANDRAUGA, (Gewerkschaftsbund Sandrauga)	Vorsitz: Kestutis Juknis	5 000	CESI

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Litauen

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Lietuvos Švietimo ir mokslo profesinė sąjunga, LŠMPS (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)	LPSK	Vorsitz: Egidijus Milešinas Stv. Vorsitz: Audrius Jurgelevičius Ramūnas Zntas	11 613	ETUCE, EI
Regioninių profsąjungų konfederacija, RPF (Litauischer Gewerkschaftsbund der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer*innen)	LPSK	Vorsitz: Audrius Gelžinis	8 000	EFFAT, IUUF
Lietuvos Švietimo darbuotojų profesinė sąjunga, LSDPS (Gewerkschaft der Bildungsarbeiter*innen)	–	Vorsitz: Andrius Nacvickas Stv. Vorsitz: Erika Leiputė- Stundžienė, Vytautas Silvanavičius	6 000	ETUCE, EI
Lietuvos pramonės profesinių sąjungų federacija, LPPSF (Litauischer Industriegewerkschaftsbund)	LPSK	Vorsitz: Dalia Jakutavičė Stv. Vorsitz: Jurga Subačiūtė- Žemaitienė	2 785	EPSU, PSI, IndustriAll Europe, IndustriAll Global
Lietuvos maistininkų profesinė sąjunga, LMP (Litauischer Verband der Ernährungswissenschaftler*innen)	LPSK	Vorsitz: Raimondas Tamošauskas	1 500	EFFAT, IUUF
Lietuvos valstybės tarnautojų, biudžetinių ir viešųjų įstaigų darbuotojų profesinė sąjunga, LVDPS (Gewerkschaft der litauischen Beamten, Haushalts- und öffentlichen Angestellten)	LPSK	Vorsitz: Irena Petraitienė Stv. Vorsitz: Rima Kisielienė, Jonas Katinauskas, Virginija Gražinienė	2 150	EPSU, PSI
Lietuvos miško ir miško pramonės darbuotojų profesinių sąjungų federacija, LMPF (Gewerkschaftsverband der Holz- und Forstarbeiter*innen)	LPSK	Vorsitz: Diana Raitelaitienė Stv. Vorsitz: Juozas Ūsas	1 700	EFBWW, BWI
Lietuvos teisėsaugos pareigūnų federacija, LTPF, (Litauischer Verband der Strafverfolgungsbeamten*innen)	LPSK	Vorsitz: Loreta Soščekienė, Stv. Vorsitz: Roma Katinienė, Darius Čekvičius, Vytautas Aleksandravičius, Rimantas Liepa	4 000	EPU, EUROCCOP, EPSU
Lietuvos Metalistų profesinių sąjungų susivienijimas, LMPSS (Metallgewerkschaftsbund)	LPSK	Vorsitz: Marija Varasimavičienė	k. A.	IndustriAll Europe, IndustriAll Global
Lietuvos sveikatos apsaugos darbuotojų profesinė sąjunga, LPSDPS (Gewerkschaft der Dienstleistungsbeschäftigten)	LPSK	Vorsitz: Aleksandras Posochovas	4 250	UNI Europa, UNI Global
Lietuvos ryšių darbuotojų profesinė sąjunga, LRDPS (Gewerkschaft der Kommunikationsarbeiter*innen)	LPSK	Vorsitz: Regina Dvaržekytė	2 000	UNI Europa, UNI Global
Lietuvos sveikatos apsaugos darbuotojų profesinė sąjunga, LSADPS (Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen)	LPSK	Vorsitz: Rūta Kiršienė Stv. Vorsitz: Živilė Mikalauskienė, Artūras Šalaševičius	k. A.	EPSU, PSI

beit auf der Ebene der Regierung und des Parlaments aus. Der Tripartistische Rat hat Änderungen des Arbeitsrechts und wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Reformen zuzustimmen. Branchengewerkschaften bestehen als Koalitionen von Gewerkschaften, die sich für Tarifverträge auf nationaler Ebene einsetzen. Diese wurden nach 2016 ausgehandelt und bestehen nun im öffentlichen Sektor – im Schulsystem, im Hochschulwesen und im Gesundheitswesen sehen die sektoralen Vereinbarungen in einigen Fällen zusätzliche Leistungen und bestimmte Abweichungen vom Arbeitsgesetzbuch vor, die zulässig sind, wenn eine Tarifvereinbarung vorliegt.

Kürzlich gab es einen Trend zum Austritt bestimmter Branchengewerkschaften aus den nationalen Gewerkschaften, z.B. verließ die litauische Gewerkschaft der Güterkraftverkehrsunternehmen die LPSK und wurde in ihrer Arbeit präsenter. Dies wird manchmal durch Meinungsverschiedenheiten der Gewerkschaftsführung verursacht.

Die Gewerkschaften auf Unternehmensebene sind in der Regel sehr unterschiedlich – in jüngerer Zeit gegründete Gewerkschaften können ohne nationale oder sektorale Zugehörigkeit tätig sein. In größeren Unternehmen und Institutionen gibt es in der Regel mehrere aktive Gewerkschaften, die manchmal miteinander konkurrieren oder gegeneinander antreten können.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

In der Verfassung der Republik Litauen ist das Recht festgeschrieben, sich frei in Gewerkschaften zusammenzuschließen und weiter heißt es, dass die Verfolgung von Gewerkschaftsmitgliedern aufgrund ihrer Mitgliedschaft ein Gesetzesverstoß ist.

Derzeit regeln das Arbeitsgesetz und das Gewerkschaftsgesetz die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften. Das Arbeitsgesetzbuch wurde 2016–2017 erheblich aktualisiert. Änderungen des Arbeitsgesetzes liberalisierten Arbeitsverträge, erlaubten flexible Arbeitsverträge (z. B. Gig-Economy-Jobs), legalisierten Aussperrungen, schrieben Betriebsräte in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten vor und stellten diese Betriebsräte in eine direkte Konkurrenz zu den Gewerkschaften.

Für die Gründung einer Gewerkschaft sind mindestens drei Mitglieder in einem Unternehmen oder einer Organisation erforderlich. Die Praxis zeigt, dass die Arbeitgeber die gegründeten Gewerkschaften in der Regel anerkennen.

Die Gewerkschaften verfügen über bestimmte Instrumente, um die Ziele für ihre Mitglieder zu erreichen. Auf nationaler Ebene arbeiten sie als Lobbygruppe und waren einige der aktivsten Lobbyisten in sozialen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen. Drei große nationale Gewerkschaften sind am Tripartiten Rat der Republik Litauen beteiligt. Dieser Rat wurde am 5. Mai 1995 im Anschluss an eine Vereinbarung über eine tripartite Partnerschaft zwischen der Regierung der Republik Litauen, den Gewerkschaften und den Ar-

beitgeberverbänden eingerichtet, um soziale, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Fragen zu verhandeln und den sozialen Frieden zu fördern. In der Regel sind die Gewerkschaften im Tripartiten Rat in der Minderheit, da die Regierung eher auf der Seite der Arbeitgeberverbände steht. Der Tripartite Rat legt einvernehmliche Stellungnahmen zu Themen wie Mindestlohn, Änderungen des Arbeitsgesetzes und Löhne für Beamt*innen vor.

Die Gewerkschaften, insbesondere die LPSK, äußern sich immer häufiger zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, die manchmal auch über den traditionellen Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften hinausgehen und in die Sozialpolitik hineinreichen. Beispielsweise übte sie im Jahr 2022 scharfe Kritik am derzeitigen privaten Rentensystem (der sogenannten »zweiten Säule«), bei dem Finanzmittel vom staatlichen Sozialversicherungssystem auf private Rentenfonds übertragen werden, und forderte dessen Reform.

Die staatliche Arbeitsinspektion beaufsichtigt Arbeitsstreitigkeiten und die Umsetzung des Arbeitsgesetzes. In den letzten Jahren hat sie sich jedoch zurückgehalten und die im Arbeitsgesetzbuch vorgesehenen Instrumente (Geldbußen, Sanktionen usw.) kaum eingesetzt, um die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes durchzusetzen.

Auf lokaler Ebene sind die Gewerkschaften aktiv an den Arbeitsgerichtscommissionen beteiligt, in denen die Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen in der Regel eine große Zahl von Fällen von Arbeitsrechtsverletzungen gewinnen. Arbeitskonfliktkommissionen werden von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften als eines der erfolgreichsten Instrumente angesehen, da sie überwiegend zugunsten der Beschäftigten entscheiden (bis zu 80 Prozent), insbesondere in Fällen, in denen es um Löhne und Gehälter geht.

In der Regel beträgt der Gewerkschaftsbeitrag ein Prozent des Lohns/Einkommens der/des Arbeitnehmer*in und die Gewerkschaften können über Einkünfte aus Vermögen und einen Teil der erhobenen Einkommenssteuer verfügen (0,6 Prozent der Einkommenssteuer können an eine Gewerkschaft nach Wahl der/des Beschäftigten gezahlt werden). Die Gewerkschaften bieten ihren Mitgliedern Rechtsschutz bei arbeitsrechtlichen und ähnlichen Streitigkeiten. Die meisten Gewerkschaften sammeln Streikgelder, obwohl Streiks nur selten auftreten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit orientierte sich die Gesetzgebung zur Gewerkschaftsarbeit in weiten Teilen an einem Modell, wie es auch in Deutschland praktiziert wird. Im Prinzip sollen die Interessen der organisierten Arbeitnehmer*innen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene miteinander verzahnt vertreten werden. Aufgrund der sowjetischen Vergangenheit der litauischen Gewerkschaften steht dem jedoch ein unausgesprochenes System gegenüber, das in der Arbeit der Gewerkschaften weniger einen Prozess zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen

der Arbeitnehmer*innenschaft insgesamt sieht, sondern eine individuelle Vorteilsnahme durch eine Mitgliedschaft. Diese hat sich unmittelbar in Form von Privilegien, Zuschüssen oder Sonderrechten auszuwirken. Erst allmählich gelingt es den Gewerkschaftsspitzen, diese Sichtweise zurückzudrängen. Allerdings gibt es immer wieder Beispiele, in denen sich die überkommene Sichtweise niederschlägt und Vorteile direkt und ausschließlich an eine Gewerkschaftsmitgliedschaft gekoppelt sind.

Nach dem Gesetz sind die Gewerkschaften durch ihre wirtschaftlichen und sozialen Ziele eingeschränkt, sodass sie auf lokaler Ebene über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln und auf makroökonomischer Ebene sozioökonomische Verhandlungen über Mindestlöhne und Löhne im öffentlichen Sektor führen können. Sie nehmen auch an Verhandlungen auf regionaler Ebene teil, insbesondere die Gewerkschaften im Verkehrssektor, der etwa 10 Prozent der litauischen Wirtschaft ausmacht.

Dies bringt die Gewerkschaften in ein strategisches Dilemma. Während sie auf der lokalen und betrieblichen Ebene mit Blick auf ihren niedrigen Organisationsgrad oft wenig Verhandlungsmacht generieren können, fehlt ihnen auf regionaler und ganz besonders auf nationaler Ebene die Unterstützung, strategische Ressourcen und Politikempfehlungen zu entwickeln, wenn diese mit keinem unmittelbaren Zweck verbunden sind. Dies hat in jüngster Vergangenheit zu einer Überbetonung der Lohnentwicklung geführt. Gewerkschaftlich vertretene Betriebe standen auch gegenüber solchen, die von unabhängigen Arbeitnehmer*innenvertretungen repräsentiert wurden, in einer gewissen Bringschuld. Selbstverständlich besteht der Zielkonflikt zwischen der Lohnentwicklung der eigenen Mitgliedschaft und der generellen Gestaltung der Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer*innen mittels regulatorischer Einflussnahme im Prinzip überall. Aber in allen drei baltischen Staaten führt er in eine kaum aufzulösende Zwickmühle: Ohne sichtbare Verhandlungserfolge bei der Lohnfindung wird sich der schnelle Mitgliederverlust fortsetzen. Erfolge hier werden aber zumeist mit Zugeständnissen in anderen Bereichen erkaufte. Dies ist wiederum nicht geeignet, den Ruf der Gewerkschaften in der Gesellschaft allgemein zu verbessern und so neue Mitglieder zu gewinnen. Zudem ist es den Gewerkschaften per Gesetz untersagt, explizit politische Forderungen zu verfolgen, beispielsweise durch das Organisieren von Solidaritätsstreiks.

Es bleibt also festzuhalten, dass die intendierten nicht unbedingt den tatsächlichen Kernaufgaben der Gewerkschaften entsprechen. Allerdings ist das Problem erkannt und wird von den Gewerkschaften bearbeitet. In der Vergangenheit nahmen sich Gewerkschaften und unabhängige Betriebsräte als Konkurrenten war und arbeiteten allzu oft gegeneinander. In kleinen und mittleren Betrieben ist meist die Gründung eines gewerkschaftsunabhängigen Betriebsrats das Mittel der Wahl, da die Lohnfindung abgesehen von Flächentarifverträgen auf der betrieblichen Ebene verortet ist. Es liegt bei den Gewerkschaften, hier bessere Kooperationsangebote zu erarbeiten und nach Möglichkeit mehr Betriebsräte zu organisieren.

Das Gesetz verbietet es den Gewerkschaften, explizit politische Ziele zu verfolgen. So sind beispielsweise Solidaritätsstreiks verboten. Politisch sind die litauischen Gewerkschaften (partei-)unabhängig, arbeiten aber nach Möglichkeit mit linken Parteien zusammen. Vertreter*innen der Gewerkschaften unterhalten enge Kontakte mit einzelnen Abgeordneten und den Fraktionen des Seimas. Alle arbeitsmarktpolitischen Themen müssen im Tripartiten Rat unter Einbeziehung der Gewerkschaften diskutiert werden. Erst im Anschluss werden Fragen im Parlament behandelt. Die Beschlüsse des Rates haben zwar nur einen empfehlenden Charakter, sind aber trotzdem ein wichtiger Beitrag zu der Meinungsbildung.

Die Gewerkschaften sind relativ passiv, wenn es um Fragen wie Mobbing und Belästigung am Arbeitsplatz geht, dennoch gewinnen diese Themen stets an Bedeutung.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Gewerkschaften werden in Litauen unterschiedlich wahrgenommen. Das Ansehen der Gewerkschaften der alten Industrien ist relativ stabil, trotz sinkender Mitgliederzahlen. Früher wurden die Gewerkschaften mit der Sowjet-Ära in Verbindung gebracht und aufgrund der neoliberalen Haltung eines Großteils der Medien werden sie als Relikt der Vergangenheit dargestellt. Allerdings gibt es einen allmählichen Wandel, da neue Berufe, die zuvor nicht organisiert waren, beginnen, gewerkschaftlich organisiert zu werden. Zusätzlich gibt es einen Trend zu mehr Akzeptanz von Gewerkschaften, der in gewisser Weise durch die große litauische Migranten-Diaspora in Ländern beeinflusst wird, in denen Gewerkschaften als Sozialpartner akzeptiert und respektiert sind, insbesondere in Skandinavien.

Die Gewerkschaften werden in Litauen unverkennbar dem linken Spektrum zugeordnet. Bis 2016 wurden die Gewerkschaftsführer in die Wahllisten der Sozialdemokratischen Partei Litauens eingetragen. Es gibt jedoch auch andere populistische oder nationalistische Parteien, die ebenfalls Gewerkschaftsführer*innen in ihren Reihen hatten (viele Mitglieder der Gewerkschaft Solidarumas schlossen sich rechtspopulistischen Parteien an). Christlich-demokratische Gewerkschaften existierten bis 2016, als die Lietuvos Darbo Federacija (Litauischer Arbeitsverband) zusammenbrach. Es gab Versuche, erneut spezifisch religiöse Gewerkschaften zu gründen (Lietuvos Krikščionių Darbininkų Profesinė Sąjunga, gegründet 2021), die sich auf soziale Fragen konzentrieren, die mit dem christlichen Glauben zusammenhängen, z. B. das Recht, eine Abtreibung im medizinischen Bereich zu verweigern.

Die liberalen Parteien (Freiheitspartei, Liberale Bewegung der Republik Litauen) stehen Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Organisation offen ablehnend gegenüber, der Vaterlandsbund der Mitte-rechts-Parteien arbeitet nur in den Bereichen Bildung und Gesundheit mit bestimmten Gewerkschaften zusammen. Insgesamt bleiben die litauischen Sozialdemokraten die einzige Partei mit einer gewerkschaftsfreundlichen Haltung, während der Litauische Bauernvolks-

bund manchmal unterstützend wirkt, allerdings in opportunistischer Weise. Die Gewerkschaften haben einen nationalen Feiertag, den Internationalen Tag der Arbeit (1. Mai), der ein gesetzlicher Feiertag ist. Dieser Feiertag wird von rechten Politikern angegriffen, weil er mit der Sowjet-Ära in Verbindung gebracht wird. Der letzte Versuch, diesen Feiertag zu ersetzen, wurde im Jahr 2022 unternommen, als die Partei Liberale Union versuchte, diesen Tag als Feiertag aufzuheben, aber sie erhielt nicht genügend Unterstützung vom konservativen Vaterlandsbund.

Dr. Laurynas Šedvydis, *Politologe, Institut für Geschichte, Vytautas Magnus Universität, Kaunas*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.